

Bürgerinitiative kritisiert Kämmerer

Der Artikel des Kreis-Anzeigers bedarf einiger Richtigstellungen, da Teile unserer Presse-Erklärung nicht veröffentlicht wurden und somit dem Leser ein falsches Bild vermittelt wird:

Herrn Becker scheint wohl keine bessere Ausrede eingefallen ist, als zu sagen, „Das setzt aber voraus, dass wir dort städtische Flächen haben, auf denen Windräder stehen könnten. Es ist aber nicht so.“

Kennt Herr Becker nicht die städtischen Flächen?

Der zitierte Antrag der SPD/Die Grünen enthielt 2012 (auch) den „Auftrag, zu prüfen, ob sich weitere städtische Grundstücke im **Siedlungsabstand zwischen 500 und 1000m** befinden, die eine potentiell höhere Windhöflichkeit aufweisen“.

Sieht man sich daraufhin die Gemarkungskarte an (z.B. den Flächennutzungsplan), stellt man fest, dass bis zum Juli d. J. die geplante Windvorrangfläche nahe Borsdorf mit einem Abstand von ca. 700m bis zum Ortsrand auch zu einem nicht unbeachtlichen Teil den städtischen Gemeindewald abgedeckt hat.

Dass man nun, nachdem die Windvorranggebiete gerade aufgrund der Aktivitäten der Bürgerinitiativen verkleinert wurden, keine städtische Flächen mehr hat, ist mehr als plausibel, hat aber mit dem Antrag von 2012 nichts gemeinsam.

Nun haben wir (in einer Ausschuss-Sitzung) von Herrn Becker aber auch gehört, dass Haushaltsentlastung und Haushaltskonsolidierung nicht das gleiche sind!

Und dass die OVAG, als regionaler Stromversorger, nur Strom mit max. 15,4% aus Kernenergie, aber knapp 30% aus regenerativen Energien vertreibt, hätte Herrn Becker bekannt sein sollen. Ganz besonders deshalb, weil die Stadt als Vermieter von Dachflächen für Photovoltaikanlagen auftritt (z.B. BGH und Kindergarten Ober-Widdersheim, Bauhof Nidda), bei denen die OVAG Netzbetreiber ist.

29.10.2014

Hans-Peter Scherer

Harald Aßmus

Sprecher der Bürgerinitiative Borsdorf/Schwickartshausen